

Finanzen

Betriebsrechnung

Betriebsertag	2019	2018
Spenden und Legate	11 364 215	11 208 640
davon Legate	1 196 566	598 717
DEZA- Programmbeitrag	6 795 000	6 342 916
Erlöse aus Lieferungen und Leistungen	111 592	321 849
Betriebsertag	18 270 807	17 873 405
Betriebsaufwand		
Programm- und Projektbeiträge	-8 517 427	-9 092 129
Projektsekretariat und Qualitätsmanagement	-264 771	-250 104
Information und Sensibilisierung	-1 699 557	-1 993 184
Entwicklungspolitik	-2 775 008	-2 829 863
Fundraising und Administration	-2 836 674	-2 718 507
Betriebsaufwand	-16 093 437	-16 883 787
Fonds- und ausserordentliches Ergebnis	-934 423	-358 324
Jahresergebnis*	1 242 947	631 294

*Das Jahresergebnis ist dank den hohen Legateinnahmen erzielt worden.

Herkunft der Mittel



Verwendung der Mittel



Die revidierte Jahresrechnung kann unter www.brotfueralle.ch/jahresbericht heruntergeladen werden.

Brot für alle – Wir bewegen Menschen

Brot für alle ist die Entwicklungsorganisation der Evangelischen Kirchen der Schweiz. Wir engagieren uns im Norden wie im Süden für einen Wandel hin zu neuen Modellen der Nahrungsmittelproduktion und der Wirtschaft. Diese setzen auf Kooperation zwischen den Menschen und fördern den Respekt gegenüber den natürlichen Ressourcen. Mit Sensibilisierungsarbeit und hoffnungsvollen Alternativen motivieren wir Menschen dazu, selber Teil des nötigen Wandels zu werden.

Stiftungsrat: Jeanne Pestalozzi-Racine (Stiftungsratspräsidentin), Nicole Bardet, Dr. Elisabeth Bürgi Bonanomi, Dr. Angelika Hilbeck, Maja Ingold, Pierre Jacot, Daniel Reuter, Andreas Thöny, Dr. Florian Wettstein

Geschäftsleitung: Bernard DuPasquier (Geschäftsleiter), Miges Baumann, Elke Fassbender, Regula Reidhaar, Christoph Ochsenbein

Brot für alle
Bürenstrasse 12
Postfach 3270
3001 Bern
+41 31 380 65 65
www.brotfueralle.ch
Spendenkonto 40-984-9

Impressum
Texte und Redaktion: Lorenz Kummer, Pascale Schnyder
Layout und Illustrationen: Karin Hutter
Bilder: Lorenz Kummer, Patrik Kummer, Meinrad Schade, Michael Schoch
Druck: Cavelti



Klimagerechtigkeit

Hoffnung auf Einsicht und Wandel wächst

Greta Thunberg. Ein Mädchen aus Schweden hat mit ihrem «Schulstreik für das Klima» geschafft, was Wissenschaftlerinnen und Politikern mit zahllosen Studien und Konferenzen nicht gelungen ist: Die Einsicht, dass die Klimaerwärmung die Zukunft der Menschheit ernsthaft gefährdet, hat sich 2019 in breiten Kreisen durchgesetzt. Und kaum jemand bestreitet noch, dass nun auf allen Ebenen gehandelt werden muss, um den Klimakollaps abzuwenden. Für *Brot für alle* ist klar, dass der dafür notwendige gesellschaftliche und politische Wandel nur gelingen kann, wenn er sozial gerecht erfolgt – sowohl im Norden wie in den von der Klimakrise besonders stark betroffenen Ländern des Südens.

Zum Beispiel im Inselstaat Indonesien, einem Hotspot der Erderwärmung.

Auf der kleinen Insel Pari organisierte die Umweltorganisation Walhi im Juli einen Workshop, an dem 16 regionale Mitarbeiter und Vertreterinnen von Dörfern aus acht indonesischen Provinzen die von *Brot für alle* entwickelte Methode der partizipativen Analyse von Klimarisiken (PACDR) kennenlernten. Und gleich umzusetzen, indem sie Mangroven zum Schutz vor dem steigenden Meeresspiegel pflanzten. Walhi nutzte die Methode danach auch in ihrer Arbeit mit dem Klimawandel direkt betroffenen Dorfgemeinschaften und unterstützte diese dabei, sich den Folgen steigender Temperaturen besser anzupassen.

Gedenkfeier für Gletscher

In der Schweiz gewann der politische Kampf gegen den Klimawandel 2019 eine kaum erwartete Dynamik. *Brot für alle* engagierte sich im Rahmen der weit gespannten Klima-Allianz für die Gletscherinitiative, die Ende November – nur sieben Monate nach der Lancierung – eingereicht werden konnte. Sie fordert, dass die Schweiz bis 2050 die Treibhausgas-Emissionen

auf netto Null senkt. Damit will der Vorstoss die Ziele des Pariser Klimaabkommens in der Verfassung verankern und die Schweiz auf Klimakurs bringen.

Wie dringend dies ist, zeigt auch der Blick in die Schweizer Berge. Die Gletscher schmelzen in besorgniserregendem Tempo, und 2019 wurde der Pizogletscher als erster Schweizer Gletscher aus dem Messnetz des Bundes gestrichen. Um darauf aufmerksam zu machen, organisierte *Brot für alle* mit anderen Organisationen Mitte September eine Gedenkfeier bei den Resten des einst mächtigen Eisstroms. Nur eine Woche danach gingen an der von der Klima-Allianz organisierten Demonstration in Bern gegen 100 000 Menschen auf die Strasse und forderten die Politik auf, entschlossen gegen den Klimawandel vorzugehen.

Das Leben auf Klimakurs bringen

Doch nicht nur Politik und Wirtschaft sind gefordert, wir alle müssen unser eigenes Leben auf Klimakurs bringen. Das ist nicht ganz einfach, aber durchaus möglich. Einen Weg zeigen die Klima-Gespräche auf, die *Brot für alle* im Herbst 2019 auch in der Deutschschweiz lancierte. Die Methode vereint technische und psychologische Aspekte und setzt auf die Dynamik der Gruppe. Während sechs Gesprächsrunden analysieren die Teilnehmenden ihre Gewohnheiten in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Ernährung und Konsum sowie deren Folgen fürs Klima, und entwickeln daraus konkrete Schritte hin zu einem klimaneutralen Lebensstil.



Mit einer Gedenkfeier am Fusse des fast vollständig geschmolzenen Pizogletschers machte die Klima-Allianz auf die Folgen der Klimaerwärmung aufmerksam.



Jahresbericht
2019
BROT FÜR ALLE

Editorial

Zeit zu handeln

«Nichts ist so kraftvoll wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist». An dieses Zitat von Victor Hugo fühlt sich erinnert, wer auf das Jahr 2019 zurückblickt. Der «Schulstreik für das Klima» eines schwedischen Mädchens hat eine kaum erwartete Dynamik im Kampf gegen die Klimaerwärmung ausgelöst. Diese ist in kürzester Zeit zum dominierenden gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Thema geworden. Und alles deutet darauf hin, dass sich daran so bald nichts ändern wird.

Das ist gut so, denn es ist höchste Zeit zu handeln. Wir werden die Klimakrise aber nur meistern, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: Der Wandel zu einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise muss sozial gerecht sein. Und er muss nicht nur ökonomische Strukturen und Prozesse, sondern auch das Denken, Fühlen und Handeln von uns allen verändern. *Brot für alle* setzte deshalb 2019 mit Projekten für mehr Klimagerechtigkeit auf ganz unterschiedlichen Ebenen an: Indem wir etwa Menschen in Indonesien unterstützen, sich gegen den steigenden Meeresspiegel zur Wehr zu setzen. Oder Menschen in der Schweiz motivieren, ihr persönliches Verhalten zu ändern, um ihr Leben auf Klimakurs zu bringen.



Jeanne Pestalozzi-Racine, Stiftungsratspräsidentin | Bernard DuPasquier, Geschäftsleiter

Kampf um Konzernverantwortung spitzt sich zu



Die Konzernverantwortungsinitiative kämpft gegen die Verletzung von Menschenrechten, die im Bergbau häufig vorkommen: Kleinschürfer in einer Kupfer- und Kobaltmine in der Demokratischen Republik Kongo.



Die Auseinandersetzung um die Konzernverantwortungsinitiative entwickelte sich 2019 zu einem veritablen Politikrimi. Dieser spielte sich vor allem auf der parlamentarischen Bühne ab, mit klar verteilten Rollen: Der Nationalrat zeigte sich offen für einen Gegenvorschlag, welcher dem Initiativkomitee, in dem auch *Brot für alle* vertreten ist, den Weg zum Rückzug der Initiative geebnet hätte. Denn er umfasste –

zwar in abgeschwächter Form – immer noch die Kernanliegen der Initiative. Doch der Ständerat trat nicht darauf ein und sprach sich kurz vor Jahresende für einen zahnlosen Gegenvorschlag aus, welchen der Bundesrat im Herbst überraschend eingebracht hatte. Die Chancen für einen griffigen Gegenvorschlag sind nur noch gering. Damit dürfte im Herbst 2020 die Stimmbevölkerung über die Frage entscheiden, ob Schweizer Konzerne auch im Ausland Menschenrechte und Umweltstandards achten müssen.



Optimistisch stimmt, dass die Unterstützung für die Initiative stetig wächst. In über 300 Gemeinden bildeten sich 2019 lokale Komitees, und auch die Kirchen engagierten sich immer stärker. Auf der von *Brot für alle* mitgegründeten Online-Plattform «Kirche für Konzernverantwortung» sprachen sich Ende 2019 bereits 60 Kirchengemeinden und 10 reformierte Kantonalkirchen für das Anliegen aus. Wichtige Meilensteine waren die positiven Stellungnahmen des Rats der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz EKS und der Schweizer Bischofskonferenz.

Kritik an Düngereinhändler

Wie relevant dieses Thema für das Leben vieler Menschen im globalen Süden ist, stellte *Brot für alle* im Juni mit einer Studie zur Produktion von Phosphatdüngern in Marokko unter Beweis. Die marokkanische Firma stösst grosse Mengen an Luftschadstoffen aus und gefährdet damit die Gesundheit der Angestellten und der Bevölkerung im Umfeld zweier Fabriken an der Atlantikküste.

Im Geschäft mit dem dort produzierten Dünger spielt die Schweiz eine wichtige Rolle. Die marokkanische Firma verfügt über eine Filiale in Genf, und mindestens zehn weitere Schweizer Rohstoffhändler stehen mit ihr in Geschäftsbeziehung. Keine dieser Firmen scheint ein Sorgfaltsprüfungsverfahren in Bezug auf die Achtung von Umweltstan-

dards und Menschenrechten durch ihren marokkanischen Lieferanten durchgeführt zu haben. Genau dies würde die Konzernverantwortungsinitiative vorschreiben.

Nachhaltigere Uniformen

Ein anderer Hebel, um Produktions- und Arbeitsbedingungen zu beeinflussen, ist die Beschaffung von Gütern durch die öffentliche Hand. 40 Milliarden Franken geben Bund, Kantone und Gemeinden jährlich für Waren aus, etwa für Textilien für die Armee oder für IT-Geräte. Bei der im Juni verabschiedeten Revision des Bundesgesetzes über die öffentliche Beschaffung (BöB) konnte *Brot für alle* im Rahmen einer NGO-Koalition einen wichtigen Erfolg verbuchen.

Das Gesetz lässt nebst wirtschaftlichen nun auch soziale und ökologische Kriterien für Beschaffungsentscheide zu. Zudem kann eine Auftraggeberin künftig bei Ausschreibungen soziale Mindeststandards einfordern, die über die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO hinausgehen. Die progressiven Bestimmungen des BöB können Arbeiterinnen und Arbeiter auch in Ländern schützen helfen, in denen die Menschenrechte ungenügend respektiert werden, etwa in China. Aufgrund der politischen Repression mussten 2019 zwei Partnerorganisationen von *Brot für alle* ihre Aktivitäten zugunsten der Rechte der Fabrikarbeiterinnen in China leider einstellen.



Mit Landkarten gegen Landraub



Kautschuk ist ein lukratives Produkt: Es ist vielseitig einsetzbar und wird für Reifen, Outdoor-Bekleidung oder Matratzen verwendet. Aufgrund der steigenden Nachfrage hat der luxemburgische Socfin-Konzern seine Plantagen im westafrikanischen Liberia erweitert. Den Naturgummi brachte er über die im Kanton Freiburg ansässige Tochterfirma Sogescol auf den Markt. Doch für die Dörfer im Umfeld der Plantagen hatte die Expansion verheerende Folgen, wie *Brot für alle* in einem im Februar 2019 publizierten Bericht zeigte.

Zahlreiche Menschen verloren ihr fruchtbares Agrarland, auf das sie zum Überleben angewiesen sind. Zudem wurden heilige Wälder oder Gräber zerstört, der Zugang zu Wasser hat sich verschlechtert. Frauen berichten, sie seien im Umfeld der Plantagen immer wieder sexueller Gewalt ausgesetzt. Der Bericht stellte erneut die Dringlichkeit der



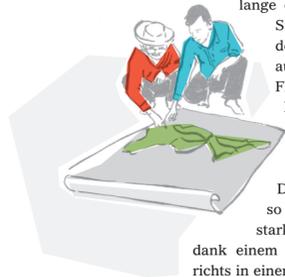
Konzernverantwortungsinitiative unter Beweis. Green Advocates, die liberianische Partnerorganisation von *Brot für alle*, reichte zudem im Juli bei der Weltbank-Tochter IFC eine Beschwerde ein. Die IFC, die Socfin Kredite für die Plantagen gewährte, akzeptierte die Beschwerde und leitete die Untersuchung der Ereignisse durch ihre Ombudsstelle ein.

Erfolg vor Gericht

Auch in Indonesien bleibt der Druck der Agrarkonzerne auf Ackerflächen hoch. Dort ist es vor allem der Anbau von Palmöl, der Kleinbauernfamilien und indigene Gemeinschaften in die Enge treibt. Die von *Brot für alle* unterstützte Organisation Walhi hat dagegen eine innovative Strategie entwickelt: die partizipative Kartographie. Zusammen mit ortskundigen Einheimischen wandern Walhi-Kartographen die Grenzen der Dörfer ab und nehmen mit einem GPS-Gerät die Koordinaten wichtiger Punkte auf. Daran entstehen danach genaue Karten der Region.

Nur so lassen sich gegenüber den Behörden traditionelle Landrechte belegen, die vor einer weiteren Ausdehnung der Palmölplantagen schützen. Anfang November erhielt auch das Dorf Silit die lange ersehnte Karte überreicht.

Sie weist für das Gebiet in der Provinz Westkalimantan auf der Insel Borneo eine Fläche von fast 40 Quadratkilometern aus. 70 Prozent davon sind noch unberührter Regenwald, ohne jegliche Ölpalmplantagen. Die Chancen, dass dies auch so bleibt, sind dank der Karte stark gestiegen. Nicht zuletzt dank einem Urteil des Verfassungsgerichts in einem von Walhi angestregten



Verfahren. Dieses verbot Ende Jahr jegliche Umwandlung von geschützten Wäldern in Plantagen.

Kollektiver Widerstand zählt sich aus

Gute Neuigkeiten gab es auch aus Afrika. Die von *Brot für alle* unterstützte Organisation Grain zeigte in einer Studie, dass die Fläche der Landkonzessionen für Palmölplantagen auf dem Kontinent in den letzten fünf Jahren von 4,7 auf 2,7 Millionen Hektar zurückgegangen ist. Zudem wurden nur rund zehn Prozent dieser Fläche tatsächlich mit Ölpalmen bepflanzt. Grain führt dies auf den Widerstand lokaler NGOs und der Dorfgemeinschaften im Umfeld der Plantagen zurück. Die Stärkung der Zivilgesellschaft und kollektiver Widerstand können also durchaus Dinge in eine positive Richtung lenken.

Wie dieser Wandel zum Besseren aussehen könnte, war Thema der von *Brot für alle* mitorganisierten, gut besuchten Tagung zur Agrarökologie am Welternährungstag Mitte Oktober. Es braucht einen grundlegenden Systemwandel in der Landwirtschaft, so der

Grundtenor, man müsse den Wachstumszwang brechen, Freihandelsverträge hinterfragen und die Bedürfnisse der Kleinbauernbetriebe ins Zentrum stellen. Neben den notwendigen wirtschaftspolitischen Veränderungen können auch Konsumentinnen und Konsumenten dazu beitragen, indem sie so einkaufen, wie dies *Brot für alle* seit Langem vorschlägt: regionale, saisonale und biologische Produkte aus der Schweiz und internationale aus fairem Handel.



Jubiläum feiert 50 starke Frauen



Soziale Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung: Diese Themen stehen seit 50 Jahren im Zentrum der Ökumenischen Kampagne von *Brot für alle*, *Fastenopfer* und *Partner sein*. Die Jubiläumskampagne 2019 stand unter dem Motto «Gemeinsam für starke Frauen. Gemeinsam für eine gerechte Welt.» Am Jubiläumssuppentag wurden Mitte April in Bern 550 Liter Suppe geschöpft – gekocht vom Food-Waste-Pionier Mirko Buri. Auch die Ausstellung «50 starke Frauen» fand viel Beachtung. Sie porträtierte 50 Frauen aus der Schweiz und den Projektländern der drei Entwicklungsorganisationen – als Anerkennung, dass Frauen in Projekten im Ausland und in der Schweiz, in Kirchgemeinden, Pfarreien und darüber hinaus eine treibende Kraft für eine gerechtere Welt sind.

Im Gespräch

«Wir müssen die Ölpalmplantagen stoppen»

Was ist das grösste Problem für die indigene Bevölkerung Kalimantan?

Die massive Ausdehnung der Ölpalmplantagen verursacht die grössten Sorgen. Allein in der Provinz West-Kalimantan wurden dazu Lizenzen für eine Fläche grösser als die ganze Schweiz vergeben. Wenn das alles gerodet und mit Ölpalmen bepflanzt wird, leiden nicht nur die lokale Umwelt und das globale Klima. Es kommt auch zu heftigen sozialen Konflikten um das knapper werdende Land.

Was tut Walhi dagegen?

Wir bestärken die lokalen Gemeinschaften in ihrem Kampf für den Schutz ihres Landes. Walhi führt Trainings durch, damit die Menschen ihre Rechte

kennenlernen und sich gegen die Landnahme durch Plantagen wehren können. Denn wir müssen die Ölpalmplantagen unbedingt stoppen.

Gibt es Erfolge?

Wir haben zusammen mit einigen Gemeinden erstmals genaue Karten ihres Landes erstellt. Dank dieser Karten hat die Distriktregierung die Rechte einzelner Dörfer auf ihr Land und ihren Wald anerkannt. Das schützt sie nun vor Landraub.

Anton Widjaya ist Direktor der Umweltorganisation Walhi in West-Kalimantan, einer Provinz im indonesischen Teil der Insel Borneo.